



Theorie für den alltäglichen Klassenkampf - 1

Von Ralf Krämer | 30.01.2018

Was bringt mir Marx als Gewerkschaftsökonom oder Parteimitglied in Die LINKE? Sehr viel. Wir brauchen eine realistische Vorstellung der Bedingungen, unter denen wir leben und kämpfen – also wie die kapitalistische Welt strukturiert ist und funktioniert.

Marx und die auf seinen Werken aufbauende Theorie bieten unverzichtbares Orientierungswissen. Entscheidend ist dabei, wie man Marx nutzt und versteht. Marx bietet für vielerlei Auffassungen Begründungen, zumindest irgendwo ein vermeintlich passendes Zitat. Für mich ist Marxismus in erster Linie relevant als eine kritische Gesellschaftstheorie des Kapitalismus, die den in sich widersprüchlichen und historischen Charakter dieser Formation betont.

Materialistische Analyse ist grundlegend

Eine materialistische Herangehensweise – im Sinne des Vorworts zur Kritik der Politischen Ökonomie (MEW 13, 8f) – auf Basis einer realistischen Kapitalismus- und Klassenanalyse ist zentral. Die von den unterschiedlichen Organisationen jeweils vertretenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Positionen, theoretischen Auffassungen und Ideologien reflektieren in hohem Maße ökonomische Interessenlagen von Klassen oder Klassenfraktionen.

In den Wirtschaftswissenschaften gilt in besonders hohem Maße – in Deutschland noch krasser als

in manchen anderen Ländern – die Aussage aus der *Deutschen Ideologie*, dass „die Gedanken der herrschenden Klasse [...] in jeder Epoche die herrschenden Gedanken“ sind (MEW 3, 46). Heißt: Die Gegenseite ist nicht mit „besseren“ Analysen, Argumenten oder moralischen Appellen zu überzeugen. „Die Frage löst sich auf in die Frage nach dem Kräfteverhältnis der Kämpfenden“ (MEW 16, 149) in den Klassenauseinandersetzungen – also im Rahmen der durch das gesellschaftliche Produktivitätsniveau und die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bestimmten Möglichkeiten.

Dabei sind die Machtressourcen, die den Kräfteverhältnissen zugrunde liegen, von vornherein ungleich durch die aus ihren Eigentumsrechten resultierende Herrschaftsposition des Kapitals geprägt. Diese schlägt sich auch im kapitalistischen Staat und seiner Politik nieder. Diese Sachverhalte blenden die meisten keynesianisch orientierten, eher gewerkschaftsnahen Ökonomen regelmäßig aus.

Fortschritte sind normalerweise nur zu erzielen und selbst die erreichten Errungenschaften und Kompromisse nur zu halten, wenn es gelingt, soziale und politische Gegen-Machtressourcen und Druck zu entwickeln – sei es durch Organisation und Mobilisierung der Arbeitenden und der Zivilgesellschaft sowie bei Wahlen.

Um die Überzeugung und Kampfbereitschaft der Kollegen zu fördern, sind wiederum tragfähige, überzeugende, verständliche und populär vorgetragene gewerkschaftliche und linke Positionen und Argumentationen wichtig, die auch in der öffentlichen Debatte durchgehalten werden können, also faktenbasiert und fundiert sind. Dafür müssen marxistische Begrifflichkeiten und ökonomische Fachsprache, wo nötig, in heute geläufige Sprache und Argumente übersetzt werden, die am Alltagsbewusstsein der Menschen anknüpfen.

Es muss vor allem darum gehen, auf Basis marxischer Erkenntnisse die heutige Realität zu analysieren und sich mit den vorherrschenden ökonomischen Auffassungen auseinanderzusetzen, wie es Marx zu seiner Zeit auch getan hat.

Dabei reicht es nicht, die grundsätzliche Unzulänglichkeit der bürgerlichen Ökonomie aufzuzeigen. Neben der kritischen Auseinandersetzung mit konkreten Fragen müssen auch ernst zu nehmende Erkenntnisse aufgegriffen, ver- und umgearbeitet werden. Insbesondere die von Keynes ausgehende Ökonomie hat hier viel zu bieten. Sie ist oft für gewerkschaftliche und linke Argumentation nützlich, weil sie den gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang und die Bedeutung der Löhne und Sozialleistungen nicht nur als Kosten, sondern auch als zentrale Nachfrageblöcke und Stabilisatoren der ökonomischen Entwicklung betont.

Von zentraler Bedeutung für die Analyse und die Auseinandersetzung ist ein solider empirischer Bezug. Die Statistiken und Forschungsergebnisse der „offiziellen“ Ökonomie liefern dazu die unverzichtbaren Datenquellen. Sie sind gegebenenfalls methodisch zu kritisieren, aber sie müssen genutzt werden. Besonders die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Statistischen Ämter sind auch für die marxistisch fundierte Ökonomie zentral. Sie spiegeln bei allen Mängeln wesentliche Entwicklungen, Proportionen und Zusammenhänge wider, wie sie zum Teil auch Marx behandelt hat.

Ich bin sicher, Marx wäre begeistert gewesen, hätte er die heutigen Datenquellen und Analyse-Instrumente zur Verfügung gehabt. Der Maßstab für marxistische Analyse muss sein, inwieweit sie Erk-

klärungskraft für die beobachtbare ökonomische Realität und ihre Entwicklungstendenzen hat, nicht ob sie bestimmten Marx-Zitaten oder politischen Hoffnungen entspricht.

Erwerbs- und Lohnarbeit bleiben zentral

Entgegen manchen Auffassungen, die unter Berufung auf Marx verbreitet werden, ist weder ein Ende des Kapitalismus noch ein Ende der Arbeitsgesellschaft (Robert Kurz/Krisis-/Exit-Gruppe, Jeremy Rifkin, Paul Mason, u.a.) in Sicht. Die immanente Krisenhaftigkeit ist eine Bewegungsform der kapitalistischen Produktionsweise, sie führt nicht zu ihrem Zusammenbruch. Das gilt auch für „große Krisen“, wie wir sie zuletzt 2007 bis 2009 erlebt haben.

Oft wird die Flexibilität und das Potenzial des Kapitalismus unterschätzt, Krisen zu überstehen und neue Produktivkräfte und sich verändernde soziale Strukturen in kapitalistische Verhältnisse und Dynamiken einzuverleiben. Auch die neuen Entwicklungen der Digitalisierung werden nicht dazu führen, dass die „kapitalistische Hülle“ gesprengt wird.^[1] Es erscheint mir wesentlich realistischer, dass durch ihre Nutzung und insbesondere „big data“ die Kontrolle des Kapitals über das Leben der Menschen eine ganz neue Qualität und Intensität erhalten kann.

Die Lohnarbeit und allgemeiner die Erwerbsarbeit und ihre Bedeutung für die Gesellschaften und die Einzelnen nehmen weltweit und auch in den hoch entwickelten kapitalistischen Ländern ungebrochen zu. Die kapitalistische Produktion dominiert immer mehr die ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung und weist auch den anderen Tätigkeiten ihren Platz zu.

Wo die Erwerbsarbeit schrumpft, ist das Folge ökonomischer Krisen oder von Kriegen, nicht etwa von Produktivitätssprüngen. Gesamtwirtschaftlich ist das Tempo der Produktivitätssteigerung, die die kapitalistische Produktion seit ihrem Beginn kennzeichnet, in den letzten Jahrzehnten sogar deutlich geringer geworden, und eine massive Zunahme durch die Digitalisierung ist nicht zu erwarten.^[2]

Die Digitalisierung erleichtert die Ausweitung prekärer Beschäftigung und Lohndrückerei, etwa ausgebeutete faktisch abhängige Arbeit in Formen von Solo-Selbstständigkeit über Vermittlungsplattformen im Netz. Aber inwieweit sich das realisiert, ist kein Sachzwang der Technik, sondern eine Frage der sozialen Regulierung, sprich der ökonomischen Bedingungen und Kräfteverhältnisse auf den Arbeitsmärkten. Bisher schwankt in Deutschland bei zunehmender Gesamtbeschäftigung die Quote der Selbstständigen an den Erwerbstätigen seit drei Jahrzehnten um etwa zehn Prozent, früher war sie höher.

Gerade Marxisten müssen bei aller Faszination für neue Technik, die auch Marx selbst hatte, den gesellschaftlichen und globalen „Gesamtarbeiter“ und die Entwicklungstendenzen der gesamten Ökonomie und Gesellschaft in den Blick nehmen, statt technizistisch vom Einzelnen auf die die Totalität der Entwicklung zu schließen. Die Kämpfe um Löhne, Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit bleiben zentral.

Arbeitswerttheorie ist grundlegend

Oft fehlt auch unter Intellektuellen, die sich auf Marx beziehen, ein angemessenes Verständnis der

ökonomischen Bedeutung der Erwerbsarbeit. Die Marxsche Werttheorie ist nicht als philosophische, sondern als sozialwissenschaftliche Begründung der kapitalistischen Warenproduktion und der darauf beruhenden Verteilungsverhältnisse zu begreifen. Produktion von Wert bedeutet letztlich nichts anderes als die Erzeugung des Anspruchs, als Gegenleistung für die eigene Arbeit einen entsprechenden Anteil an den Arbeitsprodukten der Gesellschaft insgesamt zu erhalten – vermittelt über Geld.

Marx zeigt im *Kapital*, wie unter kapitalistischen Verhältnissen Ausbeutung stattfindet, obwohl dabei die formal rechtliche Freiheit und Gleichheit der Menschen – die die bürgerliche Gesellschaft begründet – und der Äquivalententausch nicht verletzt werden. Dabei eignen sich die privaten Eigentümer der entscheidenden Produktionsmittel (produzierte und natürliche, stoffliche und nicht-stoffliche) und der großen Finanzvermögen große und tendenziell wachsende Teile der Wertschöpfung an.

Die von bürgerlicher, aber teilweise auch von linker Seite häufig für obsolet erklärte „Arbeitswertlehre“ entspricht nicht nur der Interessenlage der Beschäftigten, sie ist unverzichtbar für die Analyse der ökonomischen Verhältnisse. Der Wert reguliert nicht nur den Austausch, sondern darüber die Produktion, die gesellschaftliche Arbeitsteilung, soweit sie auf die Produktion von Waren (einschließlich marktbestimmter Dienstleistungen) gerichtet ist.

Dabei geht es nicht nur um die gesellschaftlichen Formen. Wenn Austausch und Arbeitsteilung nicht in ihren quantitativen Proportionen reguliert werden, werden sie gar nicht reguliert (dies auch in Kritik der Auffassungen etwa von Hans-Georg Backhaus oder Michael Heinrich). Die Marxsche Theorie stellt dabei die Verhältnisse und Prozesse aus der auch in der Realität bestimmenden Perspektive des Kapitals kritisch dar. Sie blendet weitgehend aus, was auch die kapitalistische Ökonomie selbst ausblendet und externalisiert, nämlich die Produktion allgemeiner Bedingungen und das „Ausbaden“ der externen Effekte der kapitalistischen Produktion durch die Individuen und die in privaten Haushalten geleistete Reproduktionsarbeit sowie die Natur.

Dies muss von marxistischer Theorie weitergehend und kritisch analysiert werden – aber nicht indem Kategorien der Analyse der Warenproduktion unpassend darauf angewendet werden. Ökonomischer Wert ist eine soziale Eigenschaft von Waren. Wertschöpfung ist ein spezifischer sozialer Prozess, der in Geld-Einkommen mündet, in Form von Löhnen einerseits, Gewinnen und Vermögenseinkommen andererseits. Diese stammen letztlich aus den Verkaufserlösen der Waren. Nur Erwerbsarbeit in der Warenproduktion schafft daher als abstrakte Arbeit ökonomischen Wert und – soweit sie kapitalistisch ausgebeutet wird – Mehrwert.

Sinnvoll und wichtig ist allerdings, als wert-produktive Arbeit nicht nur jene zu betrachten, die unmittelbar stoffliche Güter produziert, sondern ebenso die Arbeit in der Produktion marktförmiger Dienstleistungen, die mittlerweile den überwiegenden Anteil der Erwerbsarbeit ausmacht. Das ist teilweise schon bei Marx so bestimmt. Allerdings sollten auch die von ihm als unproduktiv betrachteten Zirkulationsdienstleistungen hier einbezogen werden.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen betrachten darüber hinaus Erwerbsarbeit im öffentlichen Dienst und bei Organisationen ohne Erwerbszweck als Wertschöpfung, was insoweit Sinn macht, als auch hier Einkommen entstehen. Werttheoretisch betrachtet beruhen diese aber auf Umverteilung von ursprünglich in der Warenproduktion entstandenen Einkommen.^[3]

Reproduktionsarbeit, Sozialstaat und Grundeinkommen

Reproduktionsarbeit ist produktiv im ganz allgemeinen Sinne, dass sie nützliche Arbeit ist. Aber es wäre falsch, sie dergestalt als kapitalistisch produktiv zu betrachten, dass sie den Wert der Ware Arbeitskraft oder gar Mehrwert produziere. Die Arbeitskraft ist eine sehr spezielle Ware, die untrennbar ihrem natürlichen Träger gehört. Dieser ist im Kapitalismus normalerweise eine freie Person und selbst keine Ware.

Ökonomisch betrachtet produziert Reproduktionsarbeit verschiedenste Dienstleistungen, die für die Reproduktion der Menschen notwendig sind. Diese können und werden zunehmend auch als Waren oder in öffentlich organisierter Erwerbsarbeit produziert, etwa wenn Mahlzeiten kommerziell hergestellt oder geliefert werden, Putz- und andere Haushaltsdienstleistungen gegen Geld in Anspruch genommen, Erziehungs- oder Pflegearbeiten in Einrichtungen oder durch externe Dienstleister erbracht werden.

Soweit die Arbeitskräfte gesellschaftlich normal solche Leistungen aus ihrem Lohn (direkt oder indirekt durch Steuern) bezahlen müssen, gehen diese auch in den Reproduktionswert der Arbeitskraft ein. Dieser Wert ist der, der dem Preis der Arbeitskraft, also dem Lohn, zugrunde liegt. Er bestimmt sich nicht durch die zur Reproduktion der Arbeitskräfte insgesamt gesellschaftlich notwendige Arbeit, sondern durch die zur (Re)Produktion derjenigen Güter und Dienste notwendige Arbeit, die die Lohnabhängigen bezahlen müssen.

Wenn normalerweise nicht erwerbstätige Personen den Lohnabhängigen-Haushalten angehören, muss der Lohn – gegebenenfalls mit Sozialleistungen – auch für diese Personen reichen. Da die unmittelbare Ausbeutung weiblicher, insbesondere qualifizierter, Arbeitskräfte für das Kapital höheren Mehrwert verspricht und zugleich bisheriger „Familienlohn“ dann gedrückt werden kann, hat das Kapital Interesse an zunehmender Frauenerwerbstätigkeit und sogar dem Ausbau dafür notwendiger Einrichtungen – die dann wiederum möglichst privat bzw. kapitalistisch betrieben werden sollen. Das erklärt, wieso auf diesem Feld trotz Neoliberalismus emanzipatorische Fortschritte und ein Ausbau sozialstaatlicher Leistungen gelungen sind.

Weder durch Reproduktionsarbeit im eigenen Haushalt noch durch ehrenamtliche Arbeit oder Gratsleistungen der Natur, und auch nicht durch die als „geronnene Arbeit“ historisch akkumulierten Leistungen der Menschheit in Form von dauerhaften Anlagen wie von Wissen entstehen Einkommen. Es handelt sich dabei um zentrale Grundlagen heutiger Produktion, doch Wertschöpfung findet nur statt, wenn diese durch lebendige Arbeit in der Produktion von Waren genutzt werden.

Soweit für die Nutzung dieser Produktionsbedingungen bezahlt werden muss, wird ihr „Wert“ dabei anteilig auf die neuen Produkte übertragen. Doch nur die als Nettowertschöpfung neu produzierten Einkommen sind die Grundlage für kontinuierliche Umverteilung und Finanzierung öffentlicher Leistungen, wie sie im heutigen Kapitalismus insbesondere der Sozialstaat organisiert.^[4]

Dies und die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden von Anhängern eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) häufig ignoriert oder vernachlässigt. Ein BGE wäre eine Geldleistung, die sich im Kauf von Waren (inklusive Dienstleistungen) realisieren können müsste, deren Wert

wiederum auf der in ihnen vergegenständlichten abstrakten (Erwerbs)Arbeit beruht.

Die Finanzierung eines BGE könnte nur auf der Umverteilung von Einkommen beruhen, die ursprünglich durch abstrakte (Erwerbs)Arbeit produziert werden. Daraus ergeben sich grundsätzliche Beschränkungen und Probleme, etwa die extrem hohen Abgabensätze, die notwendig wären und die die linken, sozialen Varianten eines solchen Konzepts als illusionär erscheinen lassen. Auf keinen Fall könnte ein BGE eine „emanzipatorische Alternative“ zur Erwerbsarbeit sein, da es vollständig auf der fortgesetzten Warenproduktion durch Erwerbsarbeit beruhen würde.^[5]

Hinweise

^[1] Vgl. zu einer Kritik linker Illusionen: Fischbach, Rainer: Digitale Wunder, in: *Neues Deutschland* v. 12.08.2017, www.neues-deutschland.de/artikel/1060386.digitale-wunder.html

^[2] Vgl. Krämer, Ralf, 2015: Die Roboter kommen, die Arbeit geht?, in: *Luxemburg*, H.3, www.zeitschrift-luxemburg.de/die-roboter-kommen-die-arbeit-geht

^[3] Zur werttheoretischen Analyse der digitalen Ökonomie vgl. Krämer, Ralf, 2017: Wertschöpfung und Mehrwertaneignung in der digitalen Ökonomie, in: *Z*, Nr. 110, www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/article/3172.wertschoepfung-und-mehrwertaneignung-in-der-digitalen-oekonomie.html

^[4] Mehr vgl. Krämer, Ralf, 2017: Zur politischen und moralischen Ökonomie des Sozialstaats, in: *Sozialismus* 6/2017, www.sozialismus.de/detail/artikel/zur-politischen-moralischen-oekonomie-des-sozialstaats-und-linker-sozialpolitik/

^[5] Vgl. Bedingungsloses Grundeinkommen. Risiken und Nebenwirkungen einer wohlklingenden Idee, *ver.di Wirtschaftspolitik-Informationen* 4/2017, <https://wipo.verdi.de/publikationen/++co++ab29a9ba-d-b39-11e7-ade4-525400940f89>

Veröffentlicht am: 30.01.2018

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2018/01/theorie-fuer-den-alltaeglichen-klassenkampf-1/>